



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 4. November 2024

Der Kantonsrat hat dem Antrag zur Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zum Postulat betreffend «Anpassung der Wohnbauförderungsverordnung zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Kanton Zürich» diskussionslos zugestimmt ([KR-Nr. 424/2021](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 111 zu 66 Stimmen einer Änderung des Steuergesetzes zugestimmt ([5939](#)). Damit soll unter anderem der Gewinnsteuersatz für Unternehmen von heute 7 Prozent auf neu 6 Prozent des steuerbaren Gewinns sinken. Das für die Lösung der Ausgabenbremse nötige Quorum von 91 Stimmen wurde mit 117 Stimmen erreicht. SP und Grüne haben gegen den Kantonsratsbeschluss das Referendum ergriffen, womit das Stimmvolk den definitiven Entscheid über diese Vorlage fällen wird.

Der Kantonsrat hat mit 153 zu 23 Stimmen eine parlamentarische Initiative von GLP-Altkantonsrat Michael Zeuglin abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass der Kantonsrat als Vertreter der Eigentümerschaft der ZKB künftig über die Dividendenausschüttung mitentscheiden soll ([KR-Nr. 96/2022](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat einen Beitrag von höchstens 1,575 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an das Amt für Landschaft und Natur (ALN) für Leistungen im Bereich Naturbildung für die beiden neuen Naturzentren Voliere Zürich und Zürichsee in den Jahren 2024 bis 2028 ohne Gegenantrag genehmigt ([5955](#)).

Der Kantonsrat hat mit 100 zu 76 Stimmen die Motion betreffend «Regelmässiger Ausgleich der «warmen Progression»» von FDP und GLP überwiesen ([KR-Nr. 412/2023](#)). Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre. Mit der Motion wird gefordert, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit welcher der regelmässige Ausgleich der realen Progression, der sogenannten «warmen Progression», gesetzlich verankert wird.

Der Kantonsrat hat mit 123 zu 52 Stimmen das Postulat betreffend «E-Mobilität: Mitarbeitende steuerlich nicht benachteiligen» von FDP und GLP abgelehnt, mit dem gefordert wurde, die steuerrechtlichen Vorgaben zur Nutzung von Geschäftsfahrzeugen überprüfen und gegebenenfalls anpassen zu lassen ([KR-Nr. 144/2024](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

(*nic.*)